NACHRICHTEN AG

17. April 2025

Gipfeltreffen der Politiker: Streit um Vermögensteuern und AfD!

Politiker diskutieren am 17.04.2025 auf ZDF über Vermögenssteuer und den Umgang mit der AfD. Uneinigkeit zwischen CDU und SPD.

Deutschland - In der ZDF-Sendung „Markus Lanz“ äußerten sich hochrangige Politiker der CDU und SPD zu drängenden politischen Fragen, insbesondere zur Besteuerung hoher Einkommen und zum Umgang mit der AfD. Bärbel Bas, die Bundestagspräsidentin der SPD, stellte klar, dass die künftige Koalition vor großen Unsicherheiten steht und ernsthaft in Erwägung ziehen sollte, ob hohe Einkommen stärker besteuert werden sollten. Dies erwartet sie in den kommenden vier Jahren, während Jens Spahn, ehemaliger Bundesminister und CDU-Spitzenpolitiker, vehement eine Vermögensteuer im Rahmen der CDU/CSU-Regierungsbeteiligung ausschloss.

Spahn betonte die Notwendigkeit, zunächst die

Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommensgruppen zu senken. Er plädierte dafür, zuvor durch einen Investitionsbooster und niedrigere Energiepreise Wachstum zu generieren. Dies sei eine Grundlage für zukünftige Steuererleichterungen. Die Diskussion über die Vermögenssteuer ist nicht neu; sie wird in Deutschland seit Jahrzehnten geführt. Die letzte Erhebung dieser Steuer fand 1996 statt, als sie unter der Regierung von Helmut Kohl abgeschafft wurde. Seither sind die Einnahmen aus Vermögensteuer, die zuvor den Bundesländern zugutekamen, weggebrochen, dabei beliefen sich die letzten jährlichen Einnahmen auf 9,3 Milliarden Mark.

Uneinigkeit über die Vermögensteuer

Die Debatte über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer entfacht immer wieder hitzige Diskussionen. Vorschläge zur Reaktivierung kommen aus den Reihen der SPD, den Grünen sowie den Linken und verschiedenen Sozialverbänden. Man fordert einen hohen Freibetrag von mindestens einer Million Euro, so dass nur große Vermögen besteuert werden. Während Befürworter argumentieren, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland ein bedeutendes Thema darstellt, gibt es auch erhebliche Bedenken. Kritiker, darunter Spahn und andere Vertreter von CDU/CSU, FDP und AfD, warnen vor Doppelbesteuerung und den hohen Kosten, die mit der Erhebung und Einhaltung der Steuer verbunden sind.

Besonders brisant wird der politische Diskurs durch den Umgang mit der AfD. Jens Spahn wehrte sich gegen den Vorwurf, er strebe eine Normalisierung im Zugang der AfD zu politischen Gremien an. Diese Aussage sorgt seit seiner Meinungsäußerung für Kontroversen. Obwohl er in der Vergangenheit vorgeschlagen hatte, die AfD wie andere Oppositionsparteien im Bundestag zu behandeln, wurde er für diese Haltung kritisiert. Er verwies jedoch darauf, dass die AfD von 2018 bis 2021 den Vorsitz des Haushaltsausschusses innehatte und während dieser Phase keine größeren Beschwerden über ihren Umgang

vernommen worden seien.

Schwierigkeiten der Konsensfindung

Bärbel Bas konterte Spahns Argumente entschieden und warnte vor der Radikalisierung der AfD seit ihrem Einzug in den Bundestag. Sie betonte, es sei gefährlich, diese Partei in repräsentative Funktionen zu bringen. Der Dialog zwischen den verschiedenen Parteien bleibt angespannt, insbesondere angesichts der drängenden Fragen zur Besteuerung und der Reformpolitik. Ein Thema, das nicht nur Fachleute in Deutschland beschäftigt, sondern auch internationale Vergleiche wie das Schweizer Steuersystem ins Licht rückt, wo eine progressive Besteuerung von Vermögen Mehreinnahmen von bis zu 73 Milliarden Euro für den deutschen Staat generieren könnte.

Insgesamt zeigt sich, dass die politische Landschaft von Uneinigkeit und unterschiedlichen Auffassungen geprägt ist, während die politischen Entscheidungsträger versuchen, Wege zu finden, um sowohl soziale Gerechtigkeit zu erreichen als auch wirtschaftliches Wachstum zu fördern.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• **www.maz-online.de** • **www.deutschlandfunk.de**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de